

(02.03.2017 –15.03.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, Mdb & Renate Künast, MdB*

## **14.03.2017 - Verbraucherschutz im Alltag – unser gutes Recht**

Zum Weltverbrauchertag erklären Renate Künast, Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz und Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Verbraucherrechte sind die Bürgerrechte des Alltags. Ob sichere Finanzberatung, Transparenz im Netz, gutes Essen, fair produzierte Textilien oder Mieterrechte – gute Verbraucherpolitik kann das Leben einfacher und sicherer machen. Dafür brauchen wir Rechte, die sich den Veränderungen der globalisierten und digitalisierten Welt anpassen. "Wissen, was drin ist" – dieser Anspruch muss auch für Lieferketten und Produktionsbedingungen gelten.

Wir brauchen klare Kennzeichnungen: Eine Nährwertampel für Zucker, Salz und Fett bezogen auf 100g statt komplizierter Rechenspiele auf der Lebensmittelverpackung und eine einfach verständliche Tierhaltungskennzeichnung für Fleisch- und Milchprodukte. Wir brauchen eine Deckelung der Dispozinsen statt unwirksamer Warnhinweise auf dem Kontoauszug und ein einfaches Basisprodukt für die Altersvorsorge statt teurem Riesterprodukt. Wo es um gefährliche Produkte oder unfaire Geschäftspraktiken geht, müssen sich Verbraucherinnen und Verbraucher auf wirksame Schutzgesetze verlassen können.

Wir wollen Verbraucherinnen und Verbraucher auf Augenhöhe mit Unternehmen bringen und als Wirtschaftsteilnehmerinnen und -teilnehmer stärken. CDU/CSU und SPD kuschen vor der Wirtschaft. Ihre Musterfeststellungsklage ist wieder in der Schublade verschwunden, ebenso die Pläne, das Bundeskartellamt zu einer Verbraucherschutzbehörde zu machen. Dabei zeigt uns gerade die Ignoranz von VW gegenüber ihren Kundinnen und Kunden, dass andere Klagemöglichkeiten dringend nötig sind, um Verbraucherinnen und Verbrauchern Chancen gegenüber großen Unternehmen zu geben. Beim nachhaltigen Konsum setzen CDU/CSU und SPD allein auf Freiwilligkeit, statt gesetzliche Unternehmenspflichten zu schaffen, damit Menschenrechte und Umweltstandards in der Lieferkette endlich eingehalten werden.

In unserem Fraktionsbeschluss ["Verbraucherpolitik im Alltag - unser gutes Recht"](#) zeigen wir auf, wie es besser geht.

*Karin Müller, MdL*

## **13.03.2017 - „Fit für den Rechtsstaat“ - Informationsangebot ist ein wichtiger Baustein für die Integration**

Die GRÜNEN im Landtag freuen sich über den großen Erfolg des Programms „Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen!“. „Seit fast einem Jahr sind die Rechtsstaatsklassen ein wichtiger Baustein bei der Integration von neuen Hessinnen und Hessen“, erklärt Karin Müller, rechtspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wer sich in unserem Rechts- und Wertesystem auskennt, dem fällt es leichter, sich hier zurechtzufinden. Deshalb ist es gut, dass die Themen der Klassen auf der Basis der Erfahrungen mit mehr als 10200 Geflüchteten, die an diesem Programm teilgenommen haben, laufend an deren Bedürfnisse angepasst werden. Auch Arbeitsrecht, Verbraucherschutz und Umgang mit häuslicher Gewalt gehören dazu.“

„Die Teilnahme am Angebot ist freiwillig“, erläutert Müller. „Es ist daher ein großartiges Zeichen der Integrationsbereitschaft, dass so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr über unsere Grundwerte wie Religionsfreiheit und Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie über den Aufbau des Rechtsstaates wissen wollen.“ Die neue Kooperation mit dem hessischen Handwerk setze einen zusätzlichen Anreiz für die Geflüchteten, die zum Beispiel mit dem Zertifikat einer Rechtsstaatsklasse leichter einen Praktikumsplatz bekommen könnten. Auch für die Prävention leiste das Programm einen wichtigen Beitrag. „Kein Mensch kommt radikalisiert auf die Welt. Indem das Programm zum Beispiel Anwerbungsversuche durch Salafisten thematisiert, kann es verhindern, dass Menschen in die Fänge von Extremisten geraten.“

Auch die 340 Dozentinnen und Dozenten, die an bisher 79 Standorten der Justiz in Hessen in den Rechtsstaatsklassen unterrichten, tun das freiwillig. „Die persönliche Begegnung mit Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten hilft, Vorurteile gegenüber Vertreterinnen und Vertretern des Staates abzubauen und das Vertrauen in den Rechtsstaat zu stärken. Ohne das ehrenamtliche Engagement der Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter wäre das nicht möglich – ihnen gilt unser Dank.“

„Hessen hat mit dem Programm klar eine Vorreiterrolle. Es wäre wünschenswert, wenn die erfolgreichen Präventionsprogramme in den Ländern auch auf Bundesebene besser vernetzt und koordiniert

würden. Dies könnte etwa durch ein Bundespräventionsgesetz erfolgen, wie es die GRÜNE Landtagsfraktion in ihrem Positionspapier zur Sicherheitspolitik fordert.“

Das Positionspapier zur Sicherheitspolitik im Wortlaut: <http://gruenlink.de/1b10>

*Karin Müller, MdL & Kreisverband*

### **13.03.2017 - Informationsstand zum Equal Pay Day 2017**

Noch immer fehlen Frauen in bestimmten Berufen, Branchen und auf den höheren Stufen der Karriereleiter und noch immer ist es in Deutschland schwierig, Familie und Beruf zu vereinbaren. „Frauen und Männer, Unternehmen, Politik und Sozialpartner müssen diese Aufgabe gemeinsam angehen“, so die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller. „Frauen arbeiten im Vergleich 77 Tage, also bis zum 18. März 2017 umsonst, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Es ist höchste Zeit dieser Ungerechtigkeit entgegen zu wirken.“

Anlässlich des Equal Pay Day am 18. März werden die Kasseler Grünen und die Landtagsabgeordnete Karin Müller von 10.00 bis 13.00 Uhr in der Markthalle Kassel über die Sachlage informieren. Dazu Vanessa Gronemann, Vorsitzende der Kasseler Grünen: „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass Deutschland mit einer Lohnlücke von 21 Prozent weiterhin unter den Schlusslichtern Europas liegt. Dabei bringen Gleichberechtigung und faire Löhne nicht nur den Frauen Vorteile, sondern auch Männer und die Wirtschaft profitieren.“

Der Equal Pay Day wurde 2008 auf Initiative des Business and Professional Women (BPW) Germany e.V. erstmals in Deutschland durchgeführt. Seitdem wächst die Zahl und Vielfalt der Veranstaltungen von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2016 waren es über 1.000 Aktionen in hunderten deutschen Städten und Gemeinden.

*Karin Müller, MdL*

### **08.03.2017 - Schülerticket: Zustimmung RMV-Aufsichtsrat großer Schritt zur Einführung landesweiten Schülerticket**

Die GRÜNEN im Hessischen Landtag sind hoch erfreut über die heutige Entscheidung des RMV-Aufsichtsrats, der Einführung eines landesweiten Schülertickets zuzustimmen. „Heute ist ein sehr guter Tag für alle Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende in Hessen. Mit der Zustimmung des RMV-Aufsichtsrats kommen wir der Einführung eines landesweiten Schülertickets ein großes Stück näher“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin, Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wir GRÜNEN haben uns seit Jahren für die Einführung eines Schülertickets engagiert. Dass der GRÜNE

Verkehrsminister Tarek Al-Wazir jetzt die Weichen für das Schülerticket stellt, zeigt deutlich: GRÜN wirkt. Mit dem Jahrespreis von 365 – einem Euro am Tag – sind Kinder und Jugendliche mit dem Schülerticket in ganz Hessen unabhängig mobil. Als einfache und verlässliche Alternative zum Elterntaxi oder eigenen Auto können Schülerinnen und Schüler damit den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erfahren und auch noch an den Mobilitätskosten sparen.“

Der Startschuss für das landesweite Ticket solle zum Schuljahr 2017/18 fallen. Derzeit würden die Gespräche mit den Kommunen, Kreisen und Verkehrsverbänden laufen. „Unser neues Schülerticket gilt landesweit und das ganze Jahr. Gleichzeitig ist das Schülerticket günstiger als die meisten bisherigen Jahreskarten. Kernaufgabe GRÜNER Regierungsarbeit ist es, den ÖPNV in Hessen als eine umweltfreundliche Alternative zum Auto zu stärken. Das Schülerticket ist ein entscheidender Baustein für die Verkehrswende zu einer umweltfreundlichen Mobilität in Hessen“, betont Müller. Dieses deutschlandweit beispielhafte Angebot stehe den rund 840.000 Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden in Hessen offen. Gleichzeitig bleibe die Wahlfreiheit des Verkehrsmittels erhalten. „Wer weiterhin zu Fuß gehen, mit dem Fahrrad oder Auto fahren will kann dies tun und muss kein Schülerticket erwerben. Alle Schülerinnen und Schüler, die bisher Anspruch auf Erstattung eines ÖPNV-Tickets hatten, bekommen auch künftig ein Schülerticket gestellt.“

*Grüne Jugend Kassel*

### **08.03.2017 – Ändern wir die Welt, bevor es andere tun**

Am Dienstag tagte die Kreismitgliederversammlung der Grünen Jugend Kassel, die ganz im Zeichen des Weltfrauentags stand.

Zunächst rief der Parteivorsitzende der Kasseler Grünen, Boris Mijatovic, in einem Grußwort die jungen Menschen dazu auf, an ihrer politischen Haltung festzuhalten und erinnert sich an seine eigenen Anfänge in der Politik.

Er lobte die Grüne Jugend als unverzichtbaren Bestandteil der grünen Arbeit in Kassel. Nach der Wahl eines neuen Vorstands begann die politische Debatte, die bis in die tiefe Nacht dauern sollte. Die Diskussion und Verabschiedung von inhaltlichen Anträgen soll das Profil des Jugendverbands stärken – sowohl nach innen in Form von interner Bildungsarbeit, als auch nach außen, indem sie ihre Positionen vertreten und diese in die öffentliche Debatte einbringen. So hat sich die Kreismitgliederversammlung dafür ausgesprochen die interne Förderung von Frauen zu stärken – gezielte thematische Angebote und die stetige Evaluation im Sinne einer angemessenen Debattenkultur, sind zwei mögliche Maßnahmen. „Die unzureichende

Repräsentation von Frauen betrifft auch einen feministischen Jugendverband, wie die GJK.

"Zwar stünden zwei kompetente Frauen an der Spitze des Verbandes, doch würden deutlich mehr Männer an den Sitzungen teilnehmen. „Wir sollten Frauen noch gezielter ansprechen, ein reiner Herrenclub kann keine emanzipatorische und feministische Politik durchsetzen.“, so Niklas Gudorf, der als Sprecher bestätigt wurde. Anhand eines Antrags, welcher sich gegen ein Verbot der Burka und Niqab stellt, möchte sich die GJK für das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Deutschland positionieren. Unerträglich sei es, so Gesine Graw, neu gewählte Sprecherin, wenn „Rechtspopulisten die Forderung nach einem Burka- und Nigabverbot als sicherheitspolitische Maßnahme deklarieren und die Debatte so emotional ausnutzen.“

Sie betont außerdem, dass in Frankreich das dort seit 2011 bestehende Verbot der Vollverschleierung zeige, dass dieses Gesetz eher zu öffentlichen Ressentiments von muslimischen Frauen führe.

In den nächsten Wochen starten die junggrünen Politiker\*innen mit den Vorbereitungen zur Bundestagswahl. Unter dem bundesweiten Motto der Grünen Jugend „Ändern wir die Welt, bevor es andere tun“ wird es verschiedene Aktionen und Veranstaltungen geben.

Die GJK lädt alle jungen Menschen bis 30 Jahre ein, sich zu engagieren.

Sie trifft sich jeden Dienstag um 18:00 Uhr im FAB (Samuel-Beckett-Anlage 6) in Kassel.

Weitere Informationen unter [www.gjk.gruene-jugendkassel.de](http://www.gjk.gruene-jugendkassel.de), auf Facebook, Twitter oder per Mail an [kassel@gjh.de](mailto:kassel@gjh.de)

*Nicole Maisch, MdB*

### **08.03.2017 – Lebensmittel-Ampel ja- aber nicht so**

Zur heutigen Vorstellung einer farbig unterlegten Nährwertkennzeichnung (Ampel), konzipiert von sechs führenden multinationalen Lebensmittelunternehmen (Unilever, Mars, Nestlé, Coca-Cola, PepsiCo, Mondelez), erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Es kommt wieder Fahrt in die Diskussion um die dringend notwendige Nährwertampel. Wäre sie gut gemacht, würde sie den Verbraucherinnen und Verbrauchern helfen, schnell zu erkennen, ob zu viel Zucker, Salz oder Fett in einem Lebensmittel enthalten sind. Der heutige Vorschlag ist dafür leider völlig ungeeignet – schlimmer noch: Es ist Verbrauchertäuschung, wenn Zucker-, Fett- oder Salzgehalt pro Portionsgröße und nicht pro 100 g bzw. 100 ml den Ausschlag geben.

Da die Unternehmen ihre Portionsgrößen selber festlegen, wird der große Vorteil der Ampel unterlaufen: Die einfache Vergleichbarkeit von Produkten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass

Unternehmen regelmäßig zu kleine Portionsgrößen nennen, um den Eindruck einer geringeren Kalorienaufnahme zu erzeugen. Verbraucherstudien haben belegt, dass immer größere Portionen und somit auch mehr Kalorien zu sich genommen wurden. Zudem orientieren sich Unternehmen an den laschen Vorgaben der EU Kennzeichnungsverordnung. Der EU-Bezugswert liegt bei Zucker beispielsweise bei 90 g pro Tag, obwohl die WHO nur einen Verzehr von höchstens 50 g pro Tag empfiehlt. Die aktuell geltende EU-Regelung führt auch in Kombination mit Portionsgrößen also dazu, dass selbst stark gezuckerte Produkte nicht mit rot gekennzeichnet werden müssten.

Wir fordern eine Lebensmittel-Ampel auf Basis einer klaren 100g/100ml Vergleichsgröße. Und wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf EU-Ebene für die Überarbeitung der EU-Kennzeichnungsverordnung einzusetzen. Die Bezugswerte für Zucker, Fett und Salz müssen sich an wissenschaftlichen Empfehlungen von Gesundheitsorganisationen wie der WHO orientieren.

*Karin Müller, MdL*

### **08.03.2017 - Zweite Ausschreibungsrunde Kulturkoffer - Kindern und Jugendlichen in Kassel die Tür zur Kultur öffnen**

Die Kasseler Landtagsabgeordnete Karin Müller freut sich mit den Projektträgern: Buchkinder Kassel e.V., Rambazotti, dem internationalen Kinder- und Jugendcircus e.V. und der WELL Being Stiftung, die gleich zweimal vertreten ist, über die Förderbescheide, die Kulturminister Boris Rhein gestern an die Projekte vergeben hat.

Die Projektträger konnten sich bei der zweiten Ausschreibungsrunde des Projekts „Kulturkoffer“ bei der Jury mit den Workshops: erzähl.WERKSTART, bei der Kinder in die Themen Trickfilme, Graphic Novel, Street-Art eintauchen können, der Veranstaltung: Circo la Pampa, wobei Kinder und Jugendliche eine Show aus Artistik, Tanz, Clownerie und Theater auf die Beine stellen, dem Workshop: FARBENSPIELE\*punkt punkt komma strich, wo sich Kinder dem Thema Farbe nähern sowie dem Workshop: JETZT: HIER, wobei junge Menschen mit und ohne Fluchterfahrung Kassel auf kreative Weise erkunden können, durchsetzen.

„Der Kulturkoffer ist ein Projekt des Landes Hessen, das Kindern und Jugendlichen im Alter von 10 bis 16 Jahren Kultur mittels vielfältiger Programme näher bringen soll“, erklärt die Landtagsabgeordnete. „Die Initiativen können sich über insgesamt 97.000 Euro freuen. Das Angebot ist spannend und macht neugierig. Ich hoffe, dass sich viele Kinder und Jugendliche von der Idee der Projektträger angesprochen fühlen und mitmachen.“

Vom 31. Oktober bis zum 15. Dezember 2016 konnten sich Akteure aus dem Kulturbereich wieder um Landesfördermittel bewerben. „32 Initiativen haben

die Jury mit ihren spannenden Aktionen und Konzepten überzeugt. Dafür werden sie mit insgesamt 531.000 Euro aus dem Fördertopf des Kulturkoffers unterstützt“, so Müller. „Die große Beteiligung an der zweiten Ausschreibungsrunde für Fördermittel zeigt, dass das Modellprojekt Kulturkoffer gut angenommen wird. Der Kulturkoffer soll gerade Kindern, die bisher nur wenige kulturelle Angebote nutzen konnten, die Möglichkeit zur kulturellen Teilhabe verschaffen. Die Angebote sind daher kostenlos oder kostengünstig. Von Akrobatik über Zirkus bis Breakdance, Literaturworkshops, Tanz- und Musikvorstellungen ist alles vertreten. Ein Gewinn für alle.“

*Karin Müller, MdL*

### **07.03.2017 - Teststrecke Oberleitungs-Lkws: Klimafreundlicher Güterverkehr auf der Straße entlastet Schienenverkehr**

Die GRÜNEN im Landtag sehen in der Teststrecke für Oberleitungs-LKW auf der A5 zwischen Darmstadt und dem Flughafen Frankfurt eine Möglichkeit, das gesteigerte Transportaufkommen neben der Schiene unterstützend auch auf der Straße klimafreundlicher zu gestalten. „Die Verkehrswende hin zu einer klimafreundlicheren Mobilität kann nur gelingen, wenn man auch ökologische Alternativen jenseits der Schiene stärkt. Die Strecke für Oberleitungs-Lkw kann den Schienenverkehr für Güter umweltfreundlich entlasten“, erklärt die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Karin Müller. „Ziel GRÜNER Verkehrspolitik war und ist es, die Bahn für Menschen und Güter ansprechend zu gestalten. Der Schienenverkehr ist und bleibt die erste klimafreundliche Alternative zum Verbrennungsmotor. Seine Attraktivität für den Transport von Personen und Waren stärken wir weiterhin mit einer Reihe von Maßnahmen: vom hessenweiten Schülerticket zum Jobticket für Landesbedienstete, zum Ausbau des S-Bahn-Netzes im Rhein-Main-Gebiet, des Knotens Frankfurt am Main, der Strecke Hanau nach Würzburg und Fulda oder des Neubaus der Strecke Frankfurt nach Mannheim.“

Als Antwort auf eine mündliche Frage im Plenum bezüglich der Unterstützung der Landesregierung für den Oberleitungs-Lkw, erklärte das hessische Verkehrsministerium, das bis 2030 ist mit einem Anstieg des Transportaufkommens um 18 Prozent zu rechnen sei. Gleichzeitig gingen Experten des Ministeriums davon aus, das bis auf absehbare Zeit nur ein Fünftel dieses Zuwachses über die Schiene abgewickelt werden kann. „Im Anbetracht dieser Prognose müssen wir über klimafreundliche Lösungen außerhalb der Schiene nachdenken. Denn wir haben kein Interesse, dass der Güterzuwachs mit Diesel-Lkws transportiert wird. Auch an einer weiteren Überlastung des ohnehin schon vollen Schienennetzes

im Rhein-Main-Gebiet kann nicht unser Ziel sein“, betont Müller.

Die Lkws auf der Teststrecke seien mit einem Stromabnehmer und einem Elektromotor ausgestattet. Die Batterie werde während der Fahrt entlang der Oberleitung aufgeladen. Mit Hilfe dieser Batterie könnten sich die Lastwagen auch auf Straßen ohne Oberleitung bewegen. „So könnte perspektivisch auch der Lkw-Güterverkehr auf der Straße klimafreundlicher gestaltet und gleichzeitig die ohnehin schon hohe Feinstaubbelastung im Rhein-Main Gebiet gesenkt werden. Diese Chancen sollten wir nutzen, wenn wir die klimafreundliche Mobilität in Hessen weiter stärken wollen.“

*Grüne Jugend Kassel*

### **07.03.2017 – Für kommunale Frauenförderung eintreten. Jetzt erst Recht!**

„Zum Weltfrauentag ruft die Grüne Jugend Kassel alle Menschen auf, sich für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern einzusetzen“, sagt Gesine Graw, Vorstandsmitglied der Grünen Jugend Kassel. „Im Rahmen der heutigen Berichterstattung wird deutlich, dass es bis zur vollkommenen Gleichbehandlung noch ein langer Weg ist.“

Beispiele für die Ungleichbehandlung finden sich wortwörtlich an jeder Straßenecke. Ein Großteil der Straßen Kassels ist nach männlichen und nicht nach weiblichen Menschen benannt. Fünf der Sechs Oberbürgermeisterkandidat\*innen waren männlich. „Auch die Stadtverordnetenversammlung ist geprägt von mangelnder Repräsentation von Frauen in den nichtgrünen Fraktionen“, so Graw. Es sei ein starkes Zeichen gewesen, dass die Grünen mit Eva Koch eine engagierte und kompetente Kandidatin zur OB-Wahl aufgestellt hätten.

„Frauenförderung fängt in der Kommune an“, so Niklas Gudorf, Sprecher der Grünen Jugend Kassel. „Sprache schafft Wirklichkeit. Wenn wir von Ärzten, Juristen oder Politikern sprechen, denken wir zuerst an die männlichen Vertreter dieser Berufsgruppen.“ Es wäre nicht nur ein Zeichen, sondern würde auch das Bewusstsein von Menschen beeinflussen, wenn die Straßen Kassels nach starken Frauenfiguren benannt werden würden.

Graw und Gudorf rufen dazu auf, dass sich die Kasseler Parteien mehr für die Frauenförderung einsetzen sollten. „Frauenförderung ist kein Zeichen von Großzügigkeit, sondern fester Bestandteil von moderner und emanzipatorischer Politik, so Gudorf.

*Rathausfraktion*

### **03.03.2017 - Innenstadt gemeinsam voranbringen**

„Kassel hat eine attraktive und lebendige Innenstadt“, kommentiert Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der grünen Rathausfraktion, die aktuelle Berichterstattung

zu Leerständen in der Innenstadt. „Dennoch müssen wir weiter und vor allem gemeinsam daran arbeiten, die Innenstadt für die Zukunft gut aufzustellen. Die Grünen setzen sich deshalb für ein Innenstadtkonzept ein, welches die möglichen Stellschrauben aufeinander abstimmen soll.“

Um der Konkurrenz aus dem Internet zu begegnen, müsse die Innenstadt mehr bieten, als die Möglichkeit von Geschäft zu Geschäft zu hoppen. Dieter Beig: „Wir wollen die Innenstadt als Ort der kulturellen Begegnungen und der künstlerischen Erlebnisse schaffen. Die bauliche Aufwertung der Königsstraße ist bereits in Arbeit und muss nun ergänzt werden durch Ideen, wie der öffentliche Raum und die vorhandenen Plätze noch mehr zum Verweilen einladen. Dazu gehören übrigens auch Ideen für den Entenanger, den Karlsplatz und auch die Anbindung an das Pferdemarktviertel, nahe der Universität.“ Auch für mehr Wohnen in der Innenstadt gäbe es gute Pläne. Die hervorragende Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem ÖPNV, inklusive der RegioTram, sei bereits gute Voraussetzung, um auch weiterhin viele Besucher aus dem Umland nach Kassel zu locken.